

Nach Backloading-Abstimmung

Anzeichen für Verschärfung der Carbon-Leakage-Liste mehrten sich

Das EU-Parlament hat den Backloading-Vorschlag von Klimakommissarin Connie Hedegaard in seiner jetzigen Form abgelehnt und in den zuständigen Unterausschuss zurückverwiesen. In überarbeiteter Form könnte der Vorschlag die nötige Mehrheit erreichen. Für den Fall eines erneuten Scheiterns hat Brüssel ein weitaus schärferes Schwert in petto: die Carbon-Leakage-Liste. Diese muss bis Ende 2014 überarbeitet werden. Sollte der CO₂-Preis weiterhin nicht steigen, könnten ab 2015 bis zu 90 Prozent der jetzt geschützten Unternehmen das Privileg der kostenlosen Zuteilung verlieren. Sie müssten dann alle Zertifikate zukaufen.

Mit dieser Schätzung zu den Auswirkungen der überarbeiteten Carbon-Leakage-Liste ist der Analyst Jan Frommeyer vom Beratungsunternehmen Tschach Solutions nicht alleine. Auch der Berliner Ökonom Jürgen Hacker rechnet für den Fall, dass der CO₂-Preis weiterhin niedrig bleibt, mit drastischen Verschiebungen in der Liste der Branchen, die von einem hohen CO₂-Preis in ihrer Wettbewerbsfähigkeit eingeschränkt würden.

Die Ende 2009 erstellte erste Carbon Leakage Liste soll die darin ausgewiesenen 164 Branchen und Subsektoren von der Abwanderung ins

Trotz Ablehnung
CO₂-Markteingriff noch nicht vom Tisch

Von der Entscheidung des EU-Parlaments zum Backloading-Vorschlag der EU-Kommission hat sich der CO₂-Markt vor allem Klarheit erhofft. Das Europäische Parlament lehnte die verzögerte Auktion neuer CO₂-Zertifikate (Backloading) jedoch mit knapper Mehrheit ab und verwies den Vorschlag zurück in den Unterausschuss.

Eine Sammlung von Reaktionen auf die Entscheidung und einen Ausblick auf mögliche weitere Etappen bei der Reform des Emissionshandels finden Sie auf den Seiten 6 bis 10.

Ausland abhalten, indem die Unternehmen zunächst weiterhin in den Genuss einer weitgehend kostenlosen Zuteilung der benötigten Zertifikate kommen. Die Auswahl der aktuell geschützten Sektoren und Branchen wurde allerdings unter der Annahme getroffen, dass der CO₂-Preis auf bis zu 30 Euro steigt. Davon ist der Markt nicht erst seit der gescheiterten Backloading-Abstimmung sehr weit entfernt. Die in den kommenden Jahren zu erwartenden niedrigen CO₂-Preise dürften nach Ansicht von Frommeyer eine „signifikante Überarbeitung“ der Carbon Leakage Liste auslösen.

Mehr: Seite 5

Nach Beschluss des VG Berlin
DEHSt und Juristen streiten über Schicksal der Zertifikate

Gänzlich unterschiedliche Erkenntnisse ziehen die Deutsche Emissionshandelsstelle (DEHSt) und die Anwaltskanzlei Luther Rechtsanwälte aus einem Beschluss des Verwaltungsgerichts Berlin. In dem von Luther angestrebten Eilverfahren ging es nach Darstellung der Rechtsanwälte darum, von einem Unternehmen aus der Energiebranche bei der DEHST vorsorglich zu viel abgegebene Zertifikate im „hohen fünfstelligen Bereich“ vor dem drohenden Verfall am 30. April zu bewahren.

Mehr: Seite 2

ECX EUA-Future Apr. 2013



Quelle: European Climate Exchange

Inhalt

Kehrtwende

Die KfW fördert den Einbau von Solarstromspeichern doch. 3

Mehr Flexibilität

EU-Energiekommissar Oettinger verlangt von der EU größere Flexibilität. 4

Neuer Anlauf

Das EU-Parlament schickt den Backloading-Vorschlag der EU-Kommission zurück in den Unterausschuss. 6

Nachträgliche Korrektur

Einige Abgeordnete haben ihre Meinung nach der Stimmabgabe zum Backloading geändert, weitere könnten noch folgen. 7

Reaktionen

Die ablehnende Haltung des EU-Parlaments zum Backloading-Vorschlag von Connie Hedegaard sorgte für Überraschung, Frust und Freude. 8-10

Fehlgeschlag

Der Vorstoß der EU-Kommission, auch die Emissionen aus der Landnutzung und dem Schiffsverkehr zu überwachen, ist fehlgeschlagen. 11

CO₂-Preisüberblick

15

Fortsetzung von Seite 1

DEHSt sieht Beschluss des Verwaltungsgerichts gelassen

Eine Übertragung der vorsorglich zu viel abgegebenen Zertifikate in die dritte Handelsperiode sei nicht möglich. Darauf weist die **Deutsche Emissionshandelsstelle** (DEHSt) selbst in ihrem Fragen-und-Antworten-Katalog (FAQ) unter Nummer 69 hin. Als Vorratguthaben bezeichnen die Juristen der Kanzlei **Luther Rechtsanwälte** in Zweifelsfällen von Anlagenbetreibern freiwillig zuviel abgegebene Berechtigungen.

Aus Sicht der Anwälte könnte der Monatsletzte deshalb nicht nur ihren Mandanten teuer kommen, sondern alle emissionshandelspflichtigen Unternehmen, die Vorratguthaben bei der DEHSt unterhalten. Denn diese drohten ohne Gegenmaßnahmen zum Monatsende zu verfallen.

„Es spricht einiges dafür, dass dieser Hinweis der DEHSt im Grundsatz zutreffend ist, da auch die EU-Registrierungsverordnung hinsichtlich freiwillig zuviel abgegebener Berechtigungen kein Banking vorsieht. Nach unserer Auffassung dürften die Anlagenbetreiber aber hinsichtlich ihres Vorratguthabens bei der DEHSt einen Herausgabeanspruch aus dem Institut des öffentlich-rechtlichen Erstattungsanspruchs haben, wenn dem Guthaben keine Abgabeverpflichtung entgegensteht“, schreibt die Anwaltskanzlei Luther unter Hinweis auf den aktuellen Beschluss des **Verwaltungsgerichts (VG) Berlin**.

Laut Beschluss des VG Berlin in dem von Luther vertretenen Eilverfahren wird dieser Anspruch nach dem 30. April 2013 in einen Wertersatzanspruch nach Paragraph 818 Absatz 2 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) umgewandelt. Die DEHSt habe dann den wirtschaftlichen Wert des Vorratguthabens zu erstatten. Sie könne sich dabei nicht auf eine Entreichnung berufen, schreiben die Anwälte unter Berufung auf den Beschluss (VG 10 L 153.13). Entreichnung liegt vor, wenn jemand Vermögen oder Werte, das ihm von einem anderen ungerechtfertigterweise zugeflossen ist und das es ansich zurückgeben

müsste, nicht mehr hat. Die Details dieses Wertersatzanspruchs sind laut Rechtsanwalt **Stefan Altenschmidt** jedoch noch völlig offen. Dies gelte vor allem für die Frage, auf welchen Zeitpunkt es für die Wertberechnung ankommt. Die zivilrechtliche Rechtsprechung zu Paragraph 818 Absatz 2 BGB stelle diesbezüglich üblicherweise auf den Zeitpunkt der Entstehung des Anspruchs ab, was wegen des zwischenzeitlichen Wertverfalls für viele Anlagenbetreiber günstig wäre. Ob DEHSt und gegebenenfalls das für das Emissionshandelsrecht zuständige Verwaltungsgericht Berlin dem in Zukunft folgen werden, bleibe abzuwarten.

„Offen ist auch, ob es geboten ist, einen etwaigen Anspruch auf Herausgabe des Vorratguthabens noch vor dem 30. April 2013 bei der DEHSt geltend zu machen. Wir empfehlen, die DEHSt jedenfalls unter Vorsichtsgesichtspunkten innerhalb der nächsten Tage schriftlich zur Herausgabe aufzufordern, wenn nicht das Vorratguthaben mit der Abgabeverpflichtung für das Jahr 2012 verrechnet werden soll“, heißt es in der Mandanteninformation weiter. Es sei jeweils im Einzelfall zu prüfen, ob die Herausgabeforderung zu beziffern ist oder ob sich, etwa bei Unsicherheiten über die Richtigkeit der Emissionsberichterstattung, eine unbezifferte Aufforderung zur Herausgabe eines verbleibenden Vorratguthabens anbietet.

Bei der Deutschen Emissionshandelsstelle sieht man die Angelegenheit gelassen. Bei dem Verfahren habe das Verwaltungsgericht Berlin in einem Eilverfahren den Antrag des Betreibers auf Rückübertragung von Berechtigungen auf sein Anlagenkonto ohne materielle Prüfung schon deshalb abgelehnt, weil keine Eilbedürftigkeit vorliege. Sie liege nach Aussage des Verwaltungsgericht nicht vor, weil sich ein möglicher Rückübertragungsanspruch in einen Wertersatzanspruch umwandeln würde, falls die Emissionsberechtigungen der 2. Handelsperiode nicht mehr zurückgege-

ben werden könnten. Zur Frage, ob der geltend gemachte Anspruch überhaupt besteht, habe sich das VG Berlin nicht geäußert, heißt es in der Stellungnahme der DEHSt. „Das Verwaltungsgericht hat daher nicht festgestellt, dass die DEHSt Berechtigungen rückübertragen oder Wertersatz leisten muss. Hintergrund dieses Verfahrens ist zudem nicht eine ‚Vorratsabgabe‘, sondern die unterschiedliche Auffassung zwischen dem Betreiber und der DEHSt über die Bestimmung der verursachten Emissionen und der sich daraus ergebenden Abgabepflicht“, schreibt die DEHSt in einer Stellungnahme.

Liebe Leserinnen liebe Leser,

Die Beschaffung von Strom und Gas ist in den vergangenen Jahren deutlich flexibler und das Portfoliomanagement damit wichtiger geworden. Damit ist jedoch auch das Thema Preisentwicklung/Preiserwartung mehr und mehr in den Fokus gerückt.

Wir möchten daher in unserer Publikation „Dow Jones TradeNews Emissions“ eine monatliche Umfrage zu Ihrer Einschätzung der weiteren Preisentwicklung (auf Sicht von einem Monat) bei fünf wichtigen Energiepreisen starten. Die Befragung ist selbstverständlich anonym und nimmt nur ein bis zwei Minuten in Anspruch.

Die Ergebnisse der Umfrage sollen in der nächsten Ausgabe dieses Fachdienstes veröffentlicht werden, deshalb bitten wir Sie um eine Rückantwort bis spätestens Montag, den 3.5.2013, 12 Uhr.

Ihre Redaktion

Hier geht's zur Umfrage
<http://freeonlinesurveys.com/s.asp?sid=vz10ikokm2ys8m235123>

Start am 1. Mai

KfW finanziert nun doch Förderprogramm für Solarstromspeicher

Das Bundesumweltministerium (BMU) startet nun doch ein Förderprogramm für Solarstromspeicher. Ab Mai sollen im ersten Jahr 25 Millionen Euro an Fördermitteln freigegeben und durch die Förderbank KfW verteilt werden, bestätigte ein Sprecher des BMU auf Anfrage von Dow Jones. Die Investitionskosten für die Speicher sollen von der Förderbank mit maximal 30 Prozent bezuschusst werden, sagte ein Sprecher der KfW. Das Projekt soll auch weiterhin mit Mitteln aus dem klammen Energie- und Klimafonds (EKF) gefördert werden. Der Fonds speist sich aus den Einnahmen des Handels mit CO₂-Zertifikaten. Die Preise für die Verschmutzungsrechte sind allerdings im Keller.

Um das Problem zu umgehen, habe sich der **Bund** mit der **KfW** darauf geeinigt, im laufenden Jahr rund 311 Millionen Euro aus dem Bankgewinn abzuzweigen und damit die Mittel des EKF aufzustocken. Die Lösung ist allerdings ein Sonderfall - eigentlich darf die KfW ihre Gewinne nicht direkt an den Bund ausschütten. Die Regierung hatte zuletzt über eine Änderung des sogenannten Gewinnausschüttungsverbots nachgedacht. Davon habe man aber wieder Abstand genommen, sagte der KfW-Sprecher.

Das Programm zur Förderung der Solarstromspeicher besteht aus zwei Komponenten: dem Kredit für die Speicher und einem Tilgungszuschuss. Den Kredit hätte die KfW ohnehin für das Programm bereit gestellt. Allerdings gab es laut dem Sprecher Diskussionen über den Tilgungszuschuss. Dieser hätte aus dem EKF finanziert werden müssen. Durch das Verschieben der Bankmittel ist dies jetzt auch möglich und die Förderung kann wie geplant zum 1. Mai starten. Insgesamt seien für drei Jahre 50 Millionen Euro eingeplant, sagte der BMU-Sprecher.

Der Kauf von Batteriespeichern für Solarstromanlagen solle mit bis zu 660 Euro pro Kilowatt Solarstromleistung bezuschusst werden, schreibt der Bundesverband Solarwirtschaft (BSW). „Die neuen Förderzuschüsse werden den Speichereinsatz nun beflügeln. Wenn der Speichermarkt in Schwung

kommt, sind angesichts der großen Nachfrage sinkende Kosten aufgrund von Skaleneffekten und technologischen Fortschritten zu erwarten“, sagte BSW-Präsident **Günther Häckl**.

Die Preise für die Erzeugung von Solarstrom liegen mittlerweile unter den Preisen für den regulären Strombezug. Damit lohne sich die Speicherung des überschüssigen Solarstroms, um den von den PV-Anlagen erzeugten Strom auch in Stunden zu nutzen, in denen sonst keine Sonnenenergie zur Verfügung steht. Nach Berechnungen des **Fraunhofer-Instituts für Solare Energiesysteme** ließe sich dadurch der externe Strombezug um bis zu 60 Prozent reduzieren. Dadurch verringere sich auch der Bedarf der lokalen Stromnetze für die Aufnahme von regenerativer Energie, schrieb der BSW weiter.

„Wir rechnen mit einer regen Nachfrage. Immer mehr Menschen interessieren sich dafür, Strom aus erneuerbaren Quellen kostengünstig selbst zu erzeugen“, sagte Häckl. Laut einer aktuellen Mitteilung der KfW müssen die geförderten Systeme auch einen Bei-

trag zur lokalen Netzentlastung liefern: Die Mittagsspitze der Photovoltaikanlage wird nicht ins Netz eingespeist, sondern im Speicher für die spätere Nutzung im Eigenheim zwischengespeichert.

Die Zukunft des Förderprogramms war lange Zeit unklar. So hieß es noch im Februar, dass die Förderung auf der Kippe stehe. Ursprünglich hatte das **Bundesumweltministerium** mit einem jährlichen Zuschuss von 50 Millionen Euro gerechnet. Die Finanzierung durch den EKF war allerdings lange Zeit nicht gesichert. In dem Fonds klafft eine millionenschwere Lücke, da der Preis der CO₂-Zertifikate weiter hinter den Erwartungen der Bundesregierung zurück liegt.

EU-Klimakommissarin **Connie Hedegaard** wollte die Auktionierung von neuen CO₂-Zertifikaten verschieben und durch diese Verknappung höhere Preise für die CO₂-Zertifikate erreichen (Backloading). Ihr Vorschlag scheiterte allerdings im **EU-Parlament**. Damit dürfte auch die Lücke im Energie- und Klimafonds auf absehbare Zeit nicht kleiner werden - der Zuschuss durch die KfW wird also dringend benötigt.

Die Speicherung von Solarenergie für den Eigenverbrauch hat aber nicht nur Anhänger. Im aktuellen System werden Netzentgelte und Gebühren über Kilowattstunden - also die tatsächliche Nutzung des Stromnetzes - abgerechnet. Durch die große Preisdifferenz zwischen der Erzeugung von Solarstrom und dem konventionellen Strombezug würden immer mehr Haushalte und Unternehmen dazu motiviert, ihre Energie zu speichern, sagte **Rainer Baake**, Geschäftsführer von **Agora Energiewende**. Als Resultat würden

die Kosten und Gebühren für die Nutzung der Stromnetze auf immer weniger Schultern verteilt.

Christian Driessen



Die Speicherung von Solarstrom wird auch für Privathaushalte zunehmend interessanter.

Foto: KfW/Thomas Klewar

Interview

Oettinger fordert Fokus der EU-Energiepolitik auf Bezahlbarkeit

Die Europäische Union (EU) sollte angesichts ihrer Wirtschaftsprobleme flexibler werden, um ihr Ziel einer emissionsarmen Wirtschaft voranzubringen. Ihr Fokus dürfe nicht mehr nur auf der reinen Reduzierung von Treibhausgasen liegen, sondern müsse erweitert werden, um sicherzustellen, dass Energie für Unternehmen, Industrien und private Haushalte erschwinglich bleibe, fordert EU-Energiekommissar Günther Oettinger.

„Heute haben wir eine mehr ganzheitliche Betrachtung: die Industrie, Wettbewerbsfähigkeit, bezahlbare Energie, auch sozial verträgliche Energiepreise und Klimaschutz als Ganzes“, sagte **Günther Oettinger** in einem Interview mit dem **Wall Street Journal Deutschland**. Alle neuen Ziele für den CO₂-Ausstoß oder saubere Energie sollten angesichts der aktuellen wirtschaftlichen Probleme „maßvoll und pragmatisch“ sein, sagte er.

Seine Äußerungen deuten darauf hin, dass sich die Strategie der **EU** für saubere Energien verschieben könnte. Ein größerer Fokus dürfte künftig darauf liegen, die Kosten niedrig zu halten, um die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsblocks zu erhalten.

Emissionen reduzieren, erneuerbare Energien ausweiten

Derzeit diskutieren europäische Politiker die neuen Ziele für Emissionen und erneuerbare Energien für die Dekade bis 2030. 2007, als die EU zuletzt verbindliche Ziele für die Emission von Treibhausgasen, erneuerbare Energien und Effizienz im Jahr 2020 ausgab, habe der Fokus fast aus-

schließlich auf dem Klimaschutz gelegen, sagte Oettinger. Trotz des stärkeren Fokus auf der Bezahlbarkeit sollte die EU aber weiterhin Emissionen

reduzieren und erneuerbare Energien ausweiten, sagte Oettinger.

Vor fünf Jahren hatte der Wirtschaftsblock Gesetze verabschiedet, wo-nach die EU bis 2020 ihren CO₂-Ausstoß im Vergleich zum Jahr 1990 um 20 Prozent reduzieren soll. Zudem sollen 20 Prozent der verbrauchten Energie aus erneuerbaren Energien wie Windkraft kommen.

Oettinger wollte sich in dem Gespräch nicht auf ein neues Emissionsziel für

2030 festlegen, sagte aber, eine Ausweitung auf 40 Prozent sei der nächste logische Schritte im Rahmen der langfristigen Strategie, bis Mitte des Jahrhunderts die Treibhausgase um bis zu 95 Prozent zu senken. Alle neuen Ziele sollten weiterhin rechtlich bindend sein, sagte er.

Oettingers Ruf nach einem neuen Ansatz kommt zu einem Zeitpunkt, da zwei wichtige Pfeiler der EU-Strategie für saubere Energie - die Subventionen für erneuerbare Energien und der Handel mit CO₂-Emissionszertifikaten - vor erheblichen Herausforderungen stehen. Ein Überschuss an

Emissionszertifikaten hat den Preis im Markt gedrückt. Anlegern bietet das kaum die beabsichtigten Anreize für Investitionen in grünere Energietechnologien.

Die EU arbeitet derzeit an der Behebung der Probleme im kriselnden Emissionshandel. Ein erster Vorstoß von Klimakommissarin **Connie Hedegaard**, den Überschuss dadurch zu beseitigen, indem ein Teil der CO₂-Zertifikate bis zu fünf Jahre später als ursprünglich geplant versteigert wird, ist im ersten Anlauf im **EU-Parlament** gescheitert und geht nun zurück in den **Umweltausschuss**.

Oettinger sagte, er unterstütze den als „Backloading“ bezeichneten Plan voll und ganz. Der Politiker zeigte sich aber skeptisch, dass andere Vorschläge zum dauerhaften Einzug der überschüssigen Zertifikate und zur Beseitigung des Überschusses im Kohlenstoffmarkt umgesetzt würden. „Ich persönlich glaube daher nicht, dass durch Backloading der CO₂-Preis astronomisch in die Höhe gehen wird“, sagte er.

Kritik an nationalen Alleingängen der Mitgliedsstaaten

Günther Oettinger kritisierte EU-Mitgliedsstaaten für ihre wiederholten Eingriffe in nationale Energiemärkte seit Beginn der Wirtschaftskrise, die oft im Widerspruch zu den erklärten Energiezielen der EU stünden. „Es gibt eine wachsende Zahl nationaler Regierungen, die oft sehr schnell und kurzatmig in sich entwickelnde Strukturen eingreifen“, sagte er beispielsweise in Bezug auf die rückwirkenden Subventionskürzungen in **Spanien** im vergangenen Jahr. „Was wir aber brauchen, sind weniger staatliche Alleingänge. Deshalb setzen wir uns langfristig für eine Europäisierung der Fördersysteme für erneuerbare Energien ein“, sagte er.

Derzeit haben alle EU-Mitgliedsstaaten eigene Subventionssysteme für erneuerbare Energien, die Experten für die unkoordinierte und ineffiziente Ausweitung sauberer Energien in den vergangenen Jahren verantwortlich machen.

Jan Hromadko



EU-Energiekommissar Günther Oettinger im Gespräch mit Wall Street Journal Deutschland. Foto: Wikimedia

Fortsetzung von Seite 1

Zahl der Compliance-Käufer am Markt könnte deutlich steigen

Das werde zu einer Verringerung der kostenlosen Allokation von Emissionsberechtigungen für Industrieunternehmen führen, heißt es in einem Informationsschreiben, das das Beratungsunternehmen **Tschach Solutions** nach der gescheiterten Backloading-Abstimmung im EU-Parlament an seine Kunden verschickt hat. Bis zu 90 Prozent der jetzt als abwanderungsgefährdet eingeschätzten Unternehmen könnten bei der Überarbeitung der Carbon-Leakage-Liste gestrichen werden, sie würden als Folge bis zu 35 Prozent ihrer jährlichen kostenlosen Zuteilung verlieren.

„Das wird zwar nichts an der Übersorgung des CO₂-Marktes ändern. Allerdings müssten sich mehr Unternehmen aktiv am Handel beteiligen. Industrieunternehmen dürften sich zudem zwei Mal überlegen, ob sie die Überschüsse an Zertifikaten verkaufen, die sie gegenwärtig halten“, heißt es in dem Kundenbrief weiter.

„Viele Unternehmen, die bis zum Jahr 2020 mit einer auskömmlichen Versorgung gerechnet haben, werden ab 2015 deutlich weniger Zertifikate kostenlos bekommen“, sagt auch **Jürgen Hacker**. Der Berliner Umweltspezialist war von 2005 bis 2011 Vorsitzender des **Bundesverbandes Emissionshandel und Klimaschutz** bvek. Den EU-Unternehmen, die sich früher benachteiligt sahen, weil es anderswo kein vergleichbares CO₂-Regime gab, gingen nun die Argumente zum Selbstschutz aus, meint Hacker. „Südkorea wird bald ein Handelssystem haben, Australien hat es bereits, in China gibt es Pilotprojekte zum Emissionshandel“, gibt Hacker zu bedenken. Die **EU-Kommission** habe nun nachzuweisen, dass sich die **Wettbewerbsituation** geändert hat und die früheren Rivalen nun mit vergleichbaren Umweltvoraussetzungen konfrontiert sind. Dorthin können die Unternehmen nicht mehr ausweichen, meint der frühere bvek-Vorstand.

Auch der Hamburger Rechtsanwalt **Gernot Engel**, bei **Luther Rechtsan-**

Die Carbon Leakage Liste

- ▶ Als anfällig für CO₂-Verlagerungen (Carbon Leakage) gelten laut aktueller Liste 164 Branchen und Subsektoren.
- ▶ Sie machen nach Schätzungen der EU-Kommission aus dem Jahr 2009 ein Viertel aller vom Emissionshandel erfassten und etwa 75 Prozent aller Emissionen der verarbeitenden Industrie im Rahmen des EU-ETS aus.
- ▶ Laut Richtlinie muss die Carbon Leakage Liste regelmäßig überarbeitet werden, das erste Mal bis Ende 2014.
- ▶ Nur jene Fabriken, die beim CO₂-Ausstoß zu den besten zehn Prozent ihrer Gruppe gehören, erhalten ihre Zertifikate seit Jahresbeginn gänzlich kostenlos.
- ▶ Alle Unternehmen einer Produktgruppe erhalten genau so viele CO₂-Zertifikate kostenlos, wie nötig sind, um die technischen Maßstäbe (Benchmarks) zu erreichen.
- ▶ 2011 wurden Benchmarks für insgesamt 52 Produktgruppen festgelegt. Diese stammen aus den Branchen mit den höchsten Emissionen und gelten als besonders abwanderungsgefährdet. Dazu gehören Zement-, Kalk- und Glashersteller sowie die Metall- und Chemieindustrie.
- ▶ Die EU-Kommission kann bestimmte Branchen nachträglich in die Liste aufzunehmen. Von dieser Möglichkeit hat sie in den Jahren 2011 und 2012 Gebrauch gemacht.

wälte einer der Spezialisten für Emissionshandel, sieht den aktuell niedrigen CO₂-Preis mit Sorge. „Die Preise sind zu niedrig. Keiner investiert mehr. Bei denen, die investiert haben, verlängert sich der Return-on-Investment. Das ist ein Punkt, der in der aktuellen Debatte um die Auswirkungen eines niedrigen CO₂-Preises oft fehlt“, sagt der Anwalt. Auch er rechnet fest damit, dass der Preisverfall zu einem deutlichen Kehraus auf der Carbon Leakage Liste führen wird. „Wenn ein Industrieunternehmen 2015 von der Liste rutscht, entspricht das einer Kürzung der kostenlosen Zuteilungsmenge um ein Drittel.“

„Das wird das Nachfrageverhalten verändern, es wird einen größere Compliance-Nachfrage geben. Die Zertifikate, die nicht kostenlos zugeteilt werden, gehen in die Auktionen“, erläutert **Jürgen Hacker**. Nach Hochrechnung von Tschach Solutions könnten zwischen 2015 und 2020 bis zu zwei Billionen Tonnen CO₂ mehr zur Versteigerung kommen.

Interessant an dem Listenkonstrukt ist, dass die von den zu erwartenden Änderungen betroffenen Branchen absolut nichts gegen die Überarbeitung der Liste tun können: die neue Carbon Leakage Liste muss nicht durch das EU-Parlament. „Die Regeln sind klar, es geht nur um den Preis. Da wird sich die Industrielobby die Zähne ausbeißen. Was will sie vom Himmel lügen, um einen Preis von 30 Euro zu rechtfertigen?“, heißt es ein wenig schadenfroh aus dem Markt.

Wie viele Sektoren und Teilsektoren als Ergebnis der Überarbeitung weiterhin Gratiszertifikate erhielten, könne derzeit noch nicht beurteilt werden, heißt es aus dem Büro von Bundeswirtschaftsminister **Philipp Rösler**. Die EU-Kommission habe Anfang 2013 erste Schritte in die Wege geleitet und Umfragen bei Unternehmen durchgeführt. Aus dem Büro von Connie Hedegaard hieß es nur, die neue Carbon Leakage Liste kämen zum Allokationsjahr 2015.

Silvia Rausch-Becker

Nach Backloading-Abstimmung CO₂-Markteingriff trotz Ablehnung des EU-Parlaments noch nicht vom Tisch

Der Markt für Emissionszertifikate wird zunächst nicht mit einem Eingriff stabilisiert. Das Europäische Parlament lehnte es am 16. April mit knapper Mehrheit - 334 zu 315 Stimmen - ab, die Auktion neuer CO₂-Zertifikate zu verschieben und mit der Verknappung eine Erhöhung der Preise herbeizuführen. Das Thema ist allerdings noch nicht vom Tisch. Die Abgeordneten verwiesen den Vorschlag von Klimaschutzkommissarin Connie Hedegaard an den zuständigen Umweltausschuss zurück. Sowohl in der Politik als auch an der Börse schlägt die Ablehnung ziemlich hohe Wellen.

Der Preis für den Ausstoß einer Tonne CO₂ stürzte am Markt in Reaktion auf die Abstimmung im Parlament ab, auch die Aktien der Energieriesen **E.ON** und **RWE** kamen unter Druck. Analysten sehen durch den Beschluss den Strompreis in nächster Zeit auf niedrigem Niveau zementiert.

In der Politik sind die Meinungen differenziert: **Deutschland** als größtes Mitgliedsland hat keine klare Meinung zum Eingriff in den CO₂-Markt, dem sogenannten Backloading. Nach Meinung der Energiebranche und von Umweltschützern ist der CO₂-Preis zu niedrig, um einen Anreiz für Investitionen in energieeffiziente und umweltfreundliche Technologien zu geben. Die Industrie lehnt den Markteingriff hingegen ab. Die Zustimmung zum Backloading galt zwar nicht als sicher, doch hatten der Berichterstatter im Parlament, **Matthias Groote**, und die zuständige Kommissarin **Connie Hedegaard** zuletzt mit einer knappen Mehrheit gerechnet.

„Es ist das schlimmste Signal, das ausgesendet werden konnte, indem wir für Chaos gesorgt haben“, kommentierte der SPD-Abgeordnete Groote. „Wir verlieren Zeit, aber wir verlieren auch Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des europäischen Parlaments“, kommentierte der Sozialdemokrat weiter. Auch der CDU-Abgeordnete **Peter Liese** bezeichnete die Abstimmung als „konfuses Signal“.

Groote erklärte, dass das Backloading nicht die Lösung des Problems

sein sollte. Es sollte nur Zeit gekauft werden, um das Emissionshandelssystem grundlegend zu überarbeiten. „Diese Zeit haben wir uns heute nicht gegeben“.

Ohne Zustimmung des Parlaments kann die **EU-Kommission** das Backloading zwar politisch nicht durchsetzen, aber entscheidend wird nun dennoch sein, ob sich die EU-Mitgliedstaaten für oder gegen Backloading aussprechen. Sie hatten bisher noch keine offizielle Position festgelegt, weil auf die Abstimmung des Parlaments gewartet werden sollte. Außerdem haben einige Länder, wie Deutschland noch keine Position.

Während Wirtschaftsminister **Philipp Rösler** (FDP) gegen einen Markteingriff ist, plädiert Umweltminister **Peter Altmaier** (CDU) dafür. Entsprechend begrüßte Rösler auch die Entscheidung des Parlaments. Altmaier zeigte sich dagegen enttäuscht: „Das ist kein guter Tag für den Klimaschutz“. Änderungen an dem Vorschlag soll es dem CDU-Politiker zufolge aber nicht geben.

„Angela Merkel macht sich mitschuldig“, kritisierte der SPD-Politiker Groote die anhaltende Diskussion in Berlin. Sie habe nicht dafür gesorgt, dass die Bundesregierung in Brüssel mit einer Stimme spreche. „Das ist der Einstieg in die Re-Nationalisierung der EU-Klimapolitik“, erklärte Groote weiter.

Auch Hedegaard befürchtet, dass die EU-Mitgliedstaaten nun ihren

eigenen Weg gehen, um die CO₂-Preise anzuheben. So hat **Großbritannien** bereits einen Mindestpreis für CO₂ beschlossen, der seit 1. April gilt.

Kash Burchett, Analyst bei **IHS Energy**, geht nicht davon aus, dass es vor den Europawahlen im Herbst 2014 einen Beschluss zum Backloading geben wird. Und danach müssten wohl komplett neue Vorschläge gemacht werden, sagte Burchett. „In der Zwischenzeit werden die Preise stark sinken - möglicherweise unter einen Euro pro Tonne CO₂“, meint der Analyst. Der Emissionshandel wird seiner Meinung nach zumindest in nächster Zeit bedeutungslos werden, die Mitgliedstaaten dürften eigene CO₂-Preismechanismen einführen.

An den Märkten fiel die Reaktion auf die Abstimmung des Parlamentes drastisch aus. Der Preis für CO₂ stürzte nach der Abstimmung auf deutlich unter 3 Euro von zuvor fast 5 Euro. Im Laufe der restlichen Handelswoche büßte der CO₂-Preis insgesamt 32 Prozent ein, wie der Broker **Advantag** berichtet. Auch die deutschen Großhandelspreise für Strom gingen in den Keller. An der Energiebörse **EEX** durchstieß der Preis für eine Megawattstunde Strom für das Kalenderjahr 2014 die Marke von 40 Euro und fiel auf ein Allzeittief von 39,50 Euro.

„Es ist Zeit, die für Uneinigkeit sorgende und nutzlose Debatte über Backloading hinter uns zu lassen und uns auf die wirklichen Prioritäten der EU zu konzentrieren: wie eine wettbewerbsfähige, sichere und klimafreundliche Energiepolitik für 2030 geschaffen werden kann“, erklärte hingegen der europäische Industriedachverband **BusinessEurope**. Die Abgeordneten **Herbert Reul** (CDU), **Markus Ferber** (CSU) und **Holger Kraemer** (FDP) betonten erneut, es sei richtig, nicht in ein marktwirtschaftliches Handelssystem einzugreifen. Die Marktteilnehmer müssten sich darauf verlassen können, dass die Preisbildung durch Angebot und Nachfrage entsteht.

Claudia Wiese, Brüssel

(Unter Mitarbeit von Jan Hromadko und Andreas Lochner in Frankfurt.)

Abstimmung

Einige Abgeordnete korrigieren Stimmabgabe

Die Abstimmung im **EU-Parlament** zum Backloading-Vorschlag von EU-Klimakommissarin **Connie Hedegaard** war keine einfache Angelegenheit. Verwirrung entsteht im Parlament manchmal bei Abstimmungen, bei denen Anträge gestellt werden, um etwas abzulehnen. So mussten sich die Abgeordneten bei der Backloading-Abstimmung entscheiden, ob sie für den Änderungsantrag - und damit gegen Backloading - oder gegen den Antrag und damit für Backloading stimmen. Einige Abgeordnete korrigierten denn auch im Nachgang zur Abstimmung auch ihr Votum.

Dass die Abgeordneten zunächst Backloading ablehnten, dann den Gesetzesvorschlag aber an den Umweltausschuss zurückverwiesen anstatt ihn endgültig zu kippen, zeigt laut **Matthias Groote**, dem Berichterstatter im Parlament, dass einige Parlamentarier wohl nicht genau wussten, über was sie abstimmten. Sie hätten sich nach der ersten Abstimmung besonnen und gemerkt, für was sie gestimmt haben und sich deshalb bei der Endabstimmung korrigiert.

Das Protokoll „Ergebnis der namentlichen Abstimmungen“ des EU-Parlaments weist unter dem Punkt „Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten“ einige Abgeordnete aus, die ihre Stimme im Nachhinein neu vergeben haben. Wie aus dem EU-Parlament zu hören ist, verursacht diese Anpassung zwar keine Änderung des Abstimmungsergebnisses. Man könne daraus aber unter Umständen einen Trend für eine mögliche zweite Abstimmung herauslesen.

Das Dokument mit den Abstimmungsergebnissen (Themenblock Backloading auf den Seiten 23 bis 26) findet sich auf der Webseite des EU-Parlaments unter www.europarl.europa.eu/sed/votingResults.do.

Abstimmungsergebnis zum Backloading nach Ländern und Parteien

Land	Ja	Nein	Enthaltungen	Gesamt
Belgien	15	6	0	21
Bulgarien	1	15	0	16
Dänemark	12	0	1	13
Deutschland	48	42	1	91
Estland	2	4	0	6
Finnland	6	6	0	12
Frankreich	45	25	2	72
Vereinigtes Königreich	31	38	0	69
Griechenland	4	10	6	20
Irland	9	1	1	11
Italien	23	46	0	69
Lettland	4	4	1	9
Litauen	6	2	2	10
Luxemburg	2	4	0	6
Malta	1	1	0	2
Niederlande	17	9	0	26
Österreich	7	9	3	19
Polen	0	51	0	51
Portugal	10	3	8	21
Rumänien	4	21	5	30
Schweden	16	4	0	20
Slowakei	9	2	1	12
Slowenien	5	2	1	8
Spanien	15	10	24	49
Tschechien	5	12	4	21
Ungarn	16	5	1	22
Zypern	2	2	2	6

Parteien	Ja	Nein	Enthaltungen	Gesamt
ALDE (Liberale, Demokraten)	44	31	2	77
ECR (Konservative)	7	45	0	52
EFD (Europa-Skeptiker)	1	31	3	35
Grüne/EFA	54	1	1	56
GUE/NGL (Linke)	22	3	7	32
NI (Fraktionslos)	5	21	1	27
EVP (Volkspartei)	59	178	21	258
S&D (Sozialdemokraten)	123	24	28	175
Gesamt	315	334	63	712

Quelle: PointCarbon / EU-Parlament

Ende der EU-Umweltpolitik? Freude in Polen über Europaparlamentsbeschluss

Polnische Experten und Politiker haben sich erfreut über die Entscheidung des **Europäischen Parlaments** gezeigt, die von der **EU-Kommission** geforderte Verknappung von CO₂-Emissionszertifikaten nicht zu unterstützen. „Es ist uns gelungen, das Problem als ein internationales darzustellen“, sagte der Europaabgeordnete der rechtskonservativen Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) **Konrad Szymanski** der Zeitung Rzeczpospolita. Die Mehrheit der Abgeordneten habe verstanden, dass die Pläne für die Industrie in Europa, gerade in Zeiten der Krise, schädlich wären, lautet der Tenor in Warschau.

Das Parlament hatte einer Änderung der Emissionshandelsrichtlinie nicht zugestimmt, die die Gesetzesgrundlage sein sollte, um 900 Millionen Zertifikate zeitversetzt zu versteigern. Durch Verknappung der Angebotsmenge sollten die Preise verteuert werden. Polen, dessen Kraftwerke Strom zu rund 90 Prozent aus Kohle gewinnen, wäre davon besonders betroffen gewesen.

Das Umweltressort hatte ausgegerechnet, dass der Vorschlag allein Polen rund eine Milliarde Euro gekostet hätte. „Das ist ein großer Sieg, aber die Sache ist noch nicht erledigt“, sagte Szymanski.

Wladyslaw Mielczarski vom **Polytechnikum Lodz** erklärte, dass die Abstimmung auch das Parlament als Institution stärke. Es habe damit klargestellt, dass die Kommission nicht im Alleingang über die Menge an Zertifikaten in bestimmten Jahren entscheiden könne.

Viele Entscheidungsträger in Warschau hoffen, dass das Abstimmungsergebnis die Umweltpolitik in der EU insgesamt bremsen wird. „Das ist wahrscheinlich der Anfang vom Ende der Klimapolitik, wie wir sie bisher kennen“, erklärte **Izabela Albrycht**, Leiterin des konservativen **Kosciuszko-Instituts**. Polen stellt sich auch gegen die Klimastrategie der EU, wonach der Ausstoß von Treibhausgasen bis 2050 im Vergleich zu 1990 um 80 Prozent sinken soll.

Funktionierendes System Rösler begrüßt Entscheidung gegen Backloading

Bundeswirtschaftsminister **Philipp Rösler** (FDP) hat die Entscheidung des **EU-Parlaments** als „hervorragendes Signal für den wirtschaftlichen Erholungsprozess“ bezeichnet. „Das Parlament hat sich damit für einen Kurs entschieden, für den ich lange gekämpft habe. Eine Verknappung der Emissionszertifikate wäre ein Eingriff in ein funktionierendes Marktsystem“, sagte Rösler in einer Mitteilung des Wirtschaftsministeriums.

Die EU-Klimaschutzziele würden auch mit dem bestehenden System erreicht. Eine Verknappung der Zertifikate für den Ausstoß von CO₂ würde die deutsche Industrie belasten und der Wettbewerbsfähigkeit innerhalb der Europäischen Union schaden, sagte Rösler in seiner Stellungnahme zur Abstimmung in Straßburg weiter.

CDU/CSU-Bundestagsfraktion „EU-Parlament korrigiert Irrweg“

Als klares Bekenntnis zur europäischen Industrie sehen **Joachim Pfeiffer**, wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, und **Thomas Bareiß**, energiepolitischer Koordinator der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, das Abstimmungsergebnis von Straßburg. Der Emissionshandel funktioniere. Sowohl **Deutschland** als auch die **EU** erreichten ihre ambitionierten Klimaziele deutlich und „das sogar zu geringeren Kosten als ursprünglich gedacht. Dies ist ein Erfolg!“.

Die politisch angeordnete, künstliche Verknappung von Emissionsrechten hätte hingegen nicht nur zu einer weiteren Mehrbelastung der europäischen und deutschen Industrie geführt, sondern auch dem Emissionshandel als marktwirtschaftlichem Klimaschutzinstrument dauerhaften Schaden zugefügt. Das Vertrauen der Investoren in dieses marktwirtschaftliche Instrument würde untergraben und den Unternehmen die finanziellen

Weiter optimistisch Altmaier hofft auf zweiten Anlauf

Bundesumweltminister **Peter Altmaier** (CDU) hat sich enttäuscht über die Entscheidung des Europäischen Parlaments gezeigt. „Wir hätten ein starkes Signal senden können, dass wir die Reduzierung von CO₂ vorantreiben können“, sagte der CDU-Politiker. Altmaier äußerte sich dennoch optimistisch, dass in einem zweiten Anlauf eine Mehrheit im EU-Parlament für das Backloading stimmen werde.

Altmaier sprach sich gegen Änderungen an dem Backloading-Vorschlag aus, er wolle keine „Abstriche in der Sache“. Altmaier sagte: „Wir brauchen ein funktionierendes Emissionshandelssystem.“ Es sei ein marktwirtschaftliches System und besser als staatliche Eingriffe. Gleichzeitig appellierte Altmaier an die Bundesregierung, eine gemeinsame Position zu finden.

Spielräume für die notwendige mittel- bis langfristigen Investitionen in den Klimaschutz entzogen, meinen Pfeiffer und Bareiß.

Zudem hätte eine künstliche Verknappung aus ihrer Sicht klimapolitisch „faktisch keine Auswirkungen“ gehabt. Dazu sei der Anteil der am Emissionshandel teilnehmenden Länder an den weltweiten Emissionen viel zu gering.

Eine Chance habe das Emissionshandelssystem langfristig nur dann, wenn es besser mit anderen Förderinstrumenten abgestimmt werde, die derzeit seine Wirkung unterminierten. Insbesondere die deutsche Förderung der erneuerbaren Energien über das EEG führt laut Bareiß und Pfeiffer dazu, dass durch die Bereitstellung großer subventionierter Strommengen die Zertifikatspreise immer stärker absinken, womit sich diese Parallelsysteme konterkarieren. Hier bestehe dringender Handlungsbedarf, heißt es in der Stellungnahme.

Signal für Investoren IETA verlangt klares Bekenntnis zum EU-ETS

Für die internationale Emissionshändlerorganisation **IETA** bleibt das Abstimmungsergebnis zum Backloading-Vorschlag die klare Antwort darauf schuldig, wie die momentanen Herausforderungen im europäischen Emissionshandel gemeistert werden könnten. Durch die Verschiebung der endgültigen Entscheidung fehle ein klares Ergebnis, was die Verhandlungen zwischen den europäischen Institutionen verhindere. Diese jedoch wären ein hilfreicher Start auf dem Weg hin zur Lösung der Frage gewesen, wie sich das Ungleichgewicht bei den Emissionsberechtigungen im Markt beseitigen lasse, heißt es in der Stellungnahme des Verbands.

„Die heutige Abstimmung des Parlaments hat das benötigte politische Signal zur Verbesserung des EU-ETS vermissen lassen“, wird IETA-Präsident und CEO **Dirk Forrister** zitiert. Er forderte die Politik auf, sich umgehend und offen zur künftigen Rolle des EU-ETS zu bekennen und insbesondere zu dessen zentraler Position in der EU-Klimapolitik. Aus Sicht des Emissionshändlerverbandes ist es von „herausragender Bedeutung, dass sich die Diskussion nun auf die Zukunft des EU-ETS und die EU-weiten Ziele für die Zeit nach 2020 konzentriert“. Forrister wünscht sich im Sinne von Energieversorgern und Investoren ein klares Bekenntnis zum Emissionshandel als zentralem Instrument der Klimapolitik der EU.

Gegen Verschmutzerprinzip Windverband EWEA fordert EU zum Handeln auf

Das EU-Parlament hat mit seiner Entscheidung aus Sicht des europäischen Windenergieverbandes **EWEA** auch gegen eine Reparatur des kollabierenden Marktes gestimmt. „Die Abgeordneten haben heute gegen das Prinzip gestimmt, dass der Verschmutzer zahlt und es einen marktorientierten Preis für CO₂-Emissionen gibt“, sagte **Rémi Gruet**, Klimaberater des Verbands in Brüssel. Das mache das europäische Emissionshandelssystem EU-ETS als Instrument gegen den Einsatz von fossilen Treibstoffen hinfällig. „Der CO₂-Preis wird weiterhin keinen Einfluss auf die Investitionsentscheidungen im Energiesektor haben“, sagte er weiter. Die EU-Kommission sollte nun dringend einen Vorschlag für eine langfristig angelegte Lösung für einen effektiven CO₂-Markt unterbreiten.

DOWJONES Mehrfachlizenzen

Verbreiten Sie mit unseren attraktiven Mehrfachlizenzen Ihren Dow Jones-Fachdienst bequem und legal unternehmensintern weiter!

Rufen Sie uns an:
+49(0)69/29725166

www.djnewsletters.de

Enttäuschung VKU will Kinderkrankheiten des Systems kuriert sehen

Das derzeitige Preisniveau der Emissionshandelszertifikate bietet aus Sicht des **Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU)** keinerlei Anreize für Investitionen in neue und emissionsarme Technologien. „Ein positives Votum des EU-Parlaments, die ETS-Richtlinie zu ändern, wäre ein erster wichtiger Schritt zu einem nachhaltig stabilen und effizienzsteigerndem Preisniveau gewesen“, sagte VKU-Hauptgeschäftsführer Hans-Joachim Reck in einer ersten Stellungnahme.

Eine Entscheidung zu Gunsten von Backloading hätte einen kurzfristigen Markteingriff zugelassen, ohne aber die Eingriffsmöglichkeiten ausufern zu lassen, meinte Reck weiter. „Damit wäre der Eingriff konkret, präzise und vor allem eng gefasst. So hätte man die Funktionsfähigkeit des Marktes nicht durch viele nicht vorhersehbare Markteingriffe gefährdet.“ Es bestehe weiterhin Bedarf, den Handel mit den CO₂-Zertifikaten kurzfristig zu stabilisieren. Die „Kinderkrankheiten“ müssten korrigiert werden, bevor es zu langfristigen negativen Auswirkungen in dem System komme.

Investitionssicherheit RWE will von Politik langfristigen Rahmen

Der Essener Energiekonzern **RWE** sieht in der Entscheidung des Europäischen Parlaments kein politisches Signal gegen den Emissionshandel (EU-ETS) als Ganzes. Das EU-ETS sei weiterhin das Instrument der Wahl, um die Klimaschutzpolitik der EU marktwirtschaftlich und effizient umzusetzen. Die EU-Kommission müsse jetzt zügig einen langfristigen Rahmen für den CO₂-Handel aufzeigen. RWE wolle langfristige Investitionssicherheit. Daher sei es in erster Linie interessant, wie das System nach dem Jahr 2020 ausgestaltet werde. Investitionen von heute würden langfristig Kapital binden und benötigten daher einen langfristigen Rahmen.

voestalpine-CEO Eder feiert „Sieg der Branche“ Stahlverband sieht Votum als „richtiges Signal“

Als klares Signal des EU-Parlaments für eine neue Art der Umweltpolitik versteht **Wolfgang Eder**, CEO des Stahlkonzerns voestalpine und Präsident des **Europäischen Stahlverbandes**, die Ablehnung des Backloading-Vorschlags der EU-Kommission durch die Abgeordneten. Das Abstimmungsergebnis zeige die Bereitschaft für einen differenzierteren Ansatz in der Umwelt-

politik, sagte Eder in einer Stellungnahme. Das Parlament verabschiedete sich offenbar von einer „undifferenzierten, ausschließlich CO₂-getriebenen Umweltpolitik“ und orientiere sich an realistischen, technischen Möglichkeiten in den verschiedenen Sektoren. Die Entscheidung sei auch als ein erster Erfolg der Stahlindustrie zu werten, die Industrie in Europa zu halten, so Eder.

Stefan Kobes, Luther Rechtsanwälte

Erfolg des Emissionshandels nicht am Preis messen

„Ich habe Zweifel, ob das Backloading wirklich die erhoffte Wirkung gezeigt hätte. Solange man die Berechtigungen nicht endgültig aus dem Markt nimmt, besteht die Gefahr, dass am Ende nur ein Strohhalm herauskommt und die Preise noch mehr unter Druck kommen, wenn die jetzt vorenthaltenen Mengen auf den Markt gebracht werden (müssen).

Im übrigen entwickelt sich das Cap auf dem beschlossenen Minderungspfad von jährlich 1,74 Prozent dauer-

haft nach unten. Damit lässt sich der für die europäische Industrie vorgesehene Beitrag zum Klimaschutz nach den bisherigen Planungen erreichen. Zusätzlicher Verknappungen bedarf es dafür nicht. Wenn es eine Zeitlang günstige Preise gibt, muss das nicht schädlich sein.

Wir sollten den Unternehmen so viel Weitsicht zutrauen, dass sie das dicke Ende der Niedrigpreisphase kommen sehen und sich rechtzeitig darauf einstellen.

Und wir sollten aufhören, den Erfolg des Emissionshandels an der Höhe der Preise für die Berechtigungen zu messen. Es kommt auf die tatsächlichen Minderungen beim CO₂-Ausstoß an, alles andere ist sekundär und dient weniger dem Klimaschutz als vielmehr den Interessen des Fiskus und anderer interessierter Kreise.“

Stefan Kobes ist Partner der Sozietät Luther Rechtsanwälte in Berlin.

FutureCamp Holding

Flickenteppich nationaler Instrumente droht

„Wenn die EU und die Mitgliedsstaaten den Emissionshandel als Leitinstrument der Klimapolitik beibehalten wollen, ist nach dieser Entscheidung der Druck sehr hoch, strukturelle Reformen auf den Weg zu bringen. Gelingt dies nicht, befürchte ich einen Flickenteppich nationaler Instrumente, die zusätzlich aufgesetzt werden und den EU-Emissionshandel weiter schwächen - just in dem Moment, in dem in anderen Teilen der Welt Emissionshandelssysteme eingeführt werden und die ersten Ansätze zur direkten Verbindung von Systemen existieren.“

Roland Geres ist Geschäftsführer des Beratungsunternehmens FutureCamp Holding in München.

CarbonRe

Climate Change ist nicht vom Tisch, nur der CO₂-Markt

„Wenn es die **UN** und die Politik schon nicht schaffen, eine Bedrohung durch den Klimawandel in marktgerechte Mechanismen umzuwandeln, was sollen wir Versicherer da noch anderes tun als zukünftig einfach Klimaschäden auszuschließen? Climate Change ist nicht vom Tisch - nur der CO₂-Markt.“

Dirk Köhler, CEO CarbonRe AG, Zug

Anna Lehmann, Climate Policy Advisory

Ein katastrophales Signal an die Welt

„Die Backloading-Abstimmung im EU-Parlament ist ein katastrophales Signal an die Welt! Der kleine Koalitionspartner hat die Positionierung Deutschlands neben Zypern, Griechenland und Polen gegen EU-weiten, kosteneffizienten Klimaschutz durchgesetzt und damit die Vorreiterrolle Deutschlands und der EU in der internationalen Klimapolitik eingebüßt. Das ist ein (zu) hoher Preis, für

kurzweiligen Hausfrieden, Frau Merkel. Die Konsequenz werden einzelstaatliche Regulierungen sein, die den Verbraucher und die Industrie noch stärker belasten werden.“

Anna Lehmann berät mit Climate Policy Advisory Unternehmen und Institutionen in Klimafragen. Sie ist Board-Mitglied und Vice President Policy der Climate Markets and Investment Association (CMIA).

Jörg Kronenberger, Advantag

Fatales Zeichen für den Klimaschutz

„Das Abstimmungsergebnis ist negativ für den Klimaschutz, denn es wurde ein fatales Zeichen ausgesendet. Negativ für Europa, denn nun könnten die Regierungen geneigt sein, nach britischem Vorbild einzelstaatliche Lösungen anzustreben. Aber vor allem war diese Entscheidung negativ für die Politik selbst, denn es ist kaum vorstellbar, dass solch ein Ergebnis auch bei einem Volksentscheid herausgekommen wäre.

Fakt ist allerdings auch, dass der Vorschlag der Klimaschutzkommissarin lediglich an die Ausschüsse zurück verwiesen wurde. Überdies war das Backloading stets auch nur als erster Schritt oder Vorstufe für weite-

re wirksame Maßnahmen gedacht. Nun gilt es also für Frau Hedegaard und ihre Mitstreiterinnen und Mitstreiter, das Abstimmungsergebnis als Ansporn zu begreifen, einen konzeptionell und inhaltlich überzeugenden Vorschlag zu erarbeiten, der sowohl im EU-Parlament als auch in den Ländern mehrheitsfähig ist. Und gerade aus den Einzelstaaten kamen bereits im Vorfeld sehr positive Signale. Das Thema wird uns also schon bald wieder beschäftigen.“

Jörg Kronenberger vom Finanzdienstleister Advantag veröffentlicht einen börsentäglichen CO₂-Marktbericht.

Vorstoß fehlgeschlagen

Emissionen aus Landnutzung und Schiffsverkehr werden nicht überwacht

Die Treibhausgasemissionen in der **Europäischen Union** sollen besser kontrolliert und die gemeldeten Daten und Informationen transparenter werden. Das Vorhaben der Europäischen Kommission, auch Emissionen aus der Landnutzung, Landnutzungsänderungen und der Forstwirtschaft sowie dem Luft- und Seeverkehr zu überwachen und melden zu müssen, ist allerdings fehlgeschlagen.

Die EU-Mitgliedstaaten verabschiedeten jetzt eine neue Verordnung zur Überwachung der Treibhausgasemissionen, die aber nur in den Sektoren angewendet werden soll, in denen es auch eine Regulierung des Treibhausgasausstoßes gibt. In der Landwirtschaft etwa oder dem Schiffsverkehr ist das aber noch nicht der Fall.

Die bisherigen in einer Entscheidung zusammengefassten Vorschriften zur Emissionsüberwachung werden durch die neue Verordnung ersetzt, die 20 Tage nach Veröffentlichung im EU-Amtsblatt in Kraft tritt, wie der EU-Ministerrat weiter mitteilte. Die neuen Vorschriften müssen dann direkt von den Mitgliedstaaten angewendet werden.

Die zuletzt im Jahr 2004 erneuerten Vorschriften basierten weitgehend auf den Anforderungen aus der internatio-

nen Klimaschutzvereinbarung Kyoto-Protokoll. Damals wurde auch die Überwachung von Emissionsrechten aufgenommen, da ab 2005 in der EU, Norwegen und Island der Emissionshandel eingeführt wurde. Nun mussten die Vorschriften mit dem 2009 beschlossenen EU-Klima- und Energiepaket in Einklang gebracht werden, hieß es weiter. Darin wird unter anderem verlangt, dass ab 2013 Zwischenziele für die Emissionsbegrenzungen und den Ausbau der erneuerbaren Energien eingehalten werden müssen. Der Erneuerbaren-Anteil am Endenergieverbrauch soll auf 20 Prozent bis zum Jahr 2020 erhöht werden.

Überwacht werden sollen weiterhin die Emissionen von Kohlendioxid, Methan, Stickstoffdioxid, Schwefelhexafluorid, Stickstofftrifluorid, teilhalogenierte Fluorkohlenwasserstoffe (H-FKW) und vollhalogenierte Fluorkohlenwasserstoffe (P-FKW).

Die Verordnung betrifft nur die Emissionsüberwachung durch die nationalen Behörden. Sie ist unter <http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/13/pe00/pe00001.en13.pdf> online abrufbar. Das Monitoring von Emissionen durch Unternehmen und die Industrie wird in einer eigenen Verordnung geregelt.

Jahresbericht

IEA schlägt bei Emissionszielen Alarm

Die Welt hat in den vergangenen 20 Jahren so gut wie keine Fortschritte dabei gemacht, den CO₂-Ausstoß bei der Energieproduktion zu reduzieren – obwohl mehr als zwei Billionen US-Dollar, etwa 1,5 Billionen Euro, in erneuerbare Energien wie Solar- und Windkraft gesteckt wurden. Zu diesem Ergebnis kommt die **Internationale Energieagentur** (IEA) in ihrem dritten Jahresreport.

Die Internationale Energieagentur schätzt, dass der CO₂-Ausstoß um

60 Prozent je Energieeinheit verringert werden müsste, um zu verhindern, dass die globale Temperatur langfristig um mehr als zwei Grad Celsius ansteigt. Würde es beim gegenwärtigen Ausstoß bleiben, würde die Temperatur um sechs Grad steigen.

„Die Bemühungen, das globale Energiesystem sauberer zu machen, sind ins Stocken geraten“, sagte IEA-Geschäftsführerin **Maria van der Hoeven**. „Wir können uns keine 20 weiteren Jahre Apathie leisten.“

CO₂-Emissionen einsparen

BMU fördert Elbe-Stahlwerke Feralpi

Das **Bundesumweltministerium** (BMU) fördert nach eigenen Angaben das Unternehmen **ESF Elbe-Stahlwerke Feralpi** im sächsischen Riesa mit 1,9 Millionen Euro aus dem Umweltinnovationsprogramm. Mit den Mitteln werde ein Verfahren unterstützt, mit dem bei der Stahlproduktion erhebliche Mengen CO₂ eingespart werden könnten, teilte das BMU mit. Aufgrund des geringeren Erdgas- und Stromverbrauchs bei dem von dem Unternehmen entwickelten Verfahren sinken laut BMU die CO₂-Emissionen pro Jahr um knapp 27.000 Tonnen.

Außerdem fielen aufgrund des gleichmäßigeren Einsatzes höherwertigen Schrotts und durch die Optimierung des Schredders jährlich rund 2.800 Tonnen weniger Filterstaub, rund 22.600 Tonnen weniger Schlacke sowie rund 2.100 Tonnen weniger Zunder oder Eisenoxid an, erklärte das Ministerium.

Bei herkömmlichen Verfahren zur Herstellung von Walzdraht und Betonstahl kommt es demnach zu erheblichen Effizienzverlusten. Da Stahl- und Walzwerk in der Regel durch ein Zwischenlager getrennt seien, kühle der Stahl ab, heißt es vom BMU. Um die Effizienz zu steigern, beabsichtigt das Unternehmen nach Angaben des Bundesumweltministeriums, 80 Prozent des Materials im heißen Zustand weiterzuverarbeiten. Zuvor seien es lediglich 44 Prozent gewesen.

Am Standort Riesa werden laut Angaben des BMU jährlich rund eine Million Tonnen sogenannter Stahlknüppel hergestellt, von denen der größte Teil zu Bewehrungsstahl und Walzdraht weiterverarbeitet wird. Das neue Verfahren basiere hauptsächlich auf Optimierungen in der gesamten Prozesskette und einer Kopplung der einzelnen Arbeitsschritte. Die Technik sei grundsätzlich auf alle Elektrostahlwerke übertragbar.

Mit dem Umweltinnovationsprogramm werde die erstmalige, großtechnische Anwendung einer innovativen Technologie gefördert, erklärte das BMU.

Diskussionsrunde in Berlin

Experten geben regionalem Handel Vorzug vor internationalem Abkommen

Die Verlinkung regionaler Emissionshandelssysteme könnte für den Klimaschutz schnellere Ergebnisse bringen als die langwierige Erarbeitung eines globalen Emissionshandelsabkommens. Das war der Tenor einer Expertenrunde bei der Konferenz Towards a Global Carbon Market des Bundesumweltministeriums in Berlin.

„Wenn ich an globale Verhandlungen denke, dann denke ich an die Zahl von 180 Staaten und an das Konsensprinzip“, gab sich **Peter Zapfel**, Head of Policy Coordination bei der Generaldirektion Klima der **EU-Kommission**, skeptisch. Nach den bisherigen Erfahrungen hätten am Anfang von Emissionshandelssystemen in der Regel nationale Gesetze gestanden, hob Zapfel hervor.

Für pragmatische Ansätze sprachen sich auch Vertreter anderer großer Industrieregionen aus. Die Verlinkung könnte in der Tat der einfachste Weg sein“, sagte **Linda Adams**, Vorsitzende des kalifornischen Registerbetreibers **Climate Action Reserve** und früher für die kalifornische Umwelt-

schutzbehörde aktiv. „Man muss irgendwo anfangen und dann sehen, welche Möglichkeiten sich ergeben“, sagte auch **Jenny Wilkinson**, First Assistant Secretary des australischen Ministeriums für Industrie, Innovation, Klimawandel, Wissenschaft, Forschung und Hochschulbildung.

Wenn Staaten bei der Entwicklung von nationalen Emissionshandelssystemen von Anfang an auf die Kompatibilität mit anderen regionalen Regimen achteten, würde automatisch ein multilateraler Ansatz entstehen, gab sich **Denny Ellerman** überzeugt, Area Director der **Loyola de Palacio Climate Policy Research Unit** am **European University Institute** in Florenz. Ellerman plädierte für

eine neutrale Instanz, die die Qualität von überregional gehandelten Emissionsberechtigungen (Carbon Offsets) prüft und diese standardisiert. Bundesumweltminister **Peter Altmaier** (CDU) hatte kurz zuvor die Gründung einer internationalen Emissionshandelsagentur ähnlich der **Internationalen Agentur für Erneuerbare Energien** (Irena) ins Spiel gebracht. Auch die Nichtregierungsorganisation **Climate Action Network Europe** will Verlinkungen dazu nutzen, die Qualität von Emissionsberechtigungen erneut zu überprüfen.

Die Vertreterin Australiens sprach sich stattdessen dafür aus, bestehenden nationalen Normen zu vertrauen. Das Land hatte Ende 2012 angekündigt, sein Emissionshandelssystem mit dem der EU zu verknüpfen. „Eine dritte Instanz ist nicht nötig“, sagte Wilkinson. Obwohl die EU Vorreiter des internationalen Emissionshandels war, geben sich andere Initiativen inzwischen sehr selbstbewusst, was die Qualität ihrer Handelssysteme angeht. „Wir haben uns für die Entwicklung fünf Jahre Zeit gelassen. Wer unsere Qualitätsstandards erfüllt, kann weltweit alle erfüllen“, gab sich die Kalifornierin Adams überzeugt.

Manuel Berkel, Berlin

Marktbericht

CO₂-Preis schwankt um Marke von 2,80 Euro

Der Preis für CO₂ zur Lieferung im Dezember 2013 hat am Dienstag zwar kurzzeitig die Marke von drei Euro überwunden, schwankt aber hauptsächlich um 2,80 Euro je Tonne. Die auf der EU-Versteigerung der EEX angebotenen 3,462 Millionen EU-Allowances fanden bei 2,64 Euro je Tonne Käufer. Damit sei der Auktionspreis aber recht deutlich unter dem zum Versteigerungszeitpunkt aktuellen Marktpreis von 2,75 Euro geblieben, sagte ein Händler. Gegen 15.15 Uhr kostete der Dec 2013 an der Londoner ICE rund 2,98 Euro. Am Montag hatte der Settlement-Preis bei 2,89 Euro je Tonne gelegen. Bis 15 Uhr wurden rund 16 Millionen Dec-13-Kontrakte gehandelt. CO₂ zur

Lieferung im Dezember 2014 kostete um 15.30 Uhr 3,13 Euro nach einem Settlement-Preis von 3,02 Euro am Montag.

„Heute gab es keine überraschenden Bewegungen auf dem Markt. Der Preis bewegte sich stetig um die 2,80 Euro“, sagte ein Analyst. Es müsste politisch schon mehr passieren, damit der CO₂-Markt noch einmal nach oben läuft, sagte er. „Fundamental spricht nichts für steigende Preise, es dürfte eher seitwärts bis abwärts gehen“, sagte ein zweiter Händler. Es gebe nur bearishe Nachrichten. „Dass der CO₂-Preis noch nicht ganz abgestürzt ist, dürfte daran liegen, dass der Markt auf einen zweiten Anlauf beim Backloading hofft“, sagte er.

Startschuss fällt am 1. Januar 2014

Kalifornien und Quebec verknüpfen Handelssysteme

Am 1. Januar 2014 sollen die CO₂-Märkte von **Kalifornien** und **Quebec** miteinander verknüpft werden. Das gab die Regulierungsbehörde **California Air Resources Board** nun bekannt. Nach dem Zusammenschluss sollen die CO₂-Zertifikate und auch Minderungszertifikate (Offsets) der Partner wechselseitig anerkannt werden. Beide Seiten wollen den sogenannten Compliance Instrument Tracking System Service nutzen und damit den Weg von Zertifikaten und Offsets überprüfen. Die Online-Auktionsplattform soll ebenso gemeinschaftlich genutzt werden wie die Monitoringsysteme. Ein Datum für die erste gemeinschaftliche Auktion stehe noch nicht fest.

Rückblick auf 2012

RGGI veröffentlicht Monitoring-Jahresbericht

Die **Regional Greenhouse Gas Initiative** (RGGI) hat nun den Monitoring-Jahresbericht für das Jahr 2012 veröffentlicht. Nach den Angaben von **Potomac Economics**, die für die Überwachung des CO₂-Handels der Initiative zuständig ist, betrug der durchschnittlich erzielte Auktionspreis 1,93 US-Dollar und lag damit auf dem Niveau des gesetzlich festgelegten Mindestpreises. Das sei in allen Auktionen zwischen September 2010 und Dezember 2012 der Fall gewesen. Potomac Economics führt dies auf das Überangebot an Zertifikaten für die erste Kontrollperiode zurück. Auch im Sekundärmarkt sei der Preis stets in der Nähe des Mindestpreises geblieben. Die monatlichen Durchschnittspreise reichten von 2,01 Dollar im Februar bis zu 1,93 Dollar im Oktober.

Es habe zu keinem Zeitpunkt Hinweise auf wettbewerbsverzerrende Handlungen gegeben. 98 Prozent der Zertifikate wurden von Unternehmen ersteigert, die die Berechtigungen zur Compliance einsetzen.

Die Regional Greenhouse Gas Initiative (RGGI) ist nach eigenen Angaben das erste marktbasierte US-Handelsystem zur Reduktion von Treibhausgasemissionen aus dem Energiesektor. Teilnehmerstaaten sind **Connecticut, Delaware, Maine, Maryland, Massachusetts, New Hampshire, New York, Rhode Island** und **Vermont**.

Litauen und Ungarn

Diese Woche höhere CO₂-Auktionsvolumina

Litauen und **Ungarn** erhöhen ihre Ausgabe an Zertifikaten der 2. Handelsperiode. Am 23. und 25. April kommen deshalb an der EEX bei den ungarischen Auktionen nun jeweils knapp 2,6 statt 1,7 Millionen EUAs an den Markt. Am 24. April werden in einer Mehrländerauktion statt 833.500 EUAs nun 865.000 EUAs versteigert, was auf litauische Mengen zurückgeht.

Beratungsunternehmen RepuTex

Australiens CO₂-Handel leidet unter negativem Backloading-Votum

Das auf den australischen Energie- und CO₂-Markt spezialisierte Beratungsunternehmen **RepuTex** geht davon aus, dass sich die ablehnende Haltung des **EU-Parlaments** zum Backloading-Vorschlag von Klimakommissarin **Connie Hedegaard** auch negativ auf den australischen CO₂-Preis auswirken wird. Laut Prognose dürfte der Durchschnittspreis für eine Tonne CO₂ in den Fiskaljahren 2016 bis 2020 auf 2,70 australische Dollar (2,13 Euro) abrutschen. In den ersten Auktionen könnte der Preis für CO₂ sogar noch tiefer fallen, heißt es in einer Einschätzung zu den Auswirkungen des abgelehnten Backloading-Vorschlags.

Europäische und australische Unternehmen sollen spätestens ab 1. Juli 2018 ihren CO₂-Ausstoß zum Teil auch mit Zertifikaten des jeweils anderen Kontinents decken können. Australische Unternehmen sollen bereits ab Juli 2015 ihren CO₂-Ausstoß mit europäischen Zertifikaten bezahlen können.

Wie RepuTex Executive Director **Hugh Grossman** schreibt, hätte ein positives Abstimmungsergebnis den

Preis in Australien auf bis zu 14 australische Dollar treiben können. Wenn sich australische Unternehmen auf dem billigen internationalen Markt nach Zertifikaten umsähen, um ihren lokalen Verpflichtungen nachzukommen, könnte der Preis auf bis zu 1,30 australische Dollar absacken.

Derart niedrige CO₂-Preise könnten zu einer Renaissance der Kohleverstromung und zum Verfall der Großhandelspreise für Strom führen, warnt Grossman. Allerdings seien strukturelle Reformen im europäischen Emissionshandel weiterhin möglich, was sich dann auch in Australien bemerkbar machen werde. Spannend sei nun die Frage, ob sich die **EU** auf ein strengeres Reduktionsziel von 30 Prozent bis 2030 einigen könne. Wenn darüber noch vor 2015 Klarheit herrsche, wie es auch die Beschlüsse der Klimakonferenz in Durban vorsehen, wird es nach Prognose von RepuTex zu einer Erholung des europäischen CO₂-Preises kommen. Diese Erholung werde sich dann auch in Australien bemerkbar machen. Kurzfristig sei jedoch mit einem Preisanstieg nicht zu rechnen.

Europäische und deutsche EUA-Primärmarkt-Auktionen

EEX-Spotmarkt	Auktionsmenge (EUA)	Auktionspreis (EUR/EUA)	Überzeichnungsgrad	Gesamtzahl der Bieter
EU				
Di, 23. April	3.462.000	2,65	2,80	19
Mo, 22. April	3.462.000	2,77	2,02	17
Do, 18. April	3.353.500	2,75	2,28	15
Di, 16. April	3.355.000	4,67	1,80	16
Mo, 15. April	3.554.000	4,68	2,36	20
Do, 11. April	3.554.000	4,30	1,83	17
Deutschland				
Fr, 19. April	4.020.000	3,10	1,12	14
Fr, 12. April	4.020.000	4,40	2,14	21

Quelle: EEX

**Antwort auf Kleine Anfrage
182,5 Millionen Zertifikate
kommen 2013 unter Hammer**

2013 sollen insgesamt 182.560.000 CO₂-Zertifikate versteigert werden. Diese Zahl nennt die **Bundesregierung** in einer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Fraktion **Bündnis 90/Die Grünen** über die Krise des Emissionshandels, wie der Parlamentsnewsletter hib meldet.

In der Anfrage erkundigten sich die Grünen nach dem Scheitern einer CO₂-Auktion an der EEX am 18. Januar. Dort sollten nach Auskunft der Bundesregierung 4.020.000 Emissionszertifikate versteigert werden. Die Auktion wurde jedoch annulliert, weil die europäische Auktionsverordnung einen Sicherungsmechanismus vorsehe, der unter anderem dafür sorgen solle, dass die Bieter einen gerechten Preis für die Zertifikate zahlen. Die für den 18. Januar zur Versteigerung vorgesehenen Zertifikate seien daher auf die vier nachfolgenden Auktionstermine verteilt worden.

**Entscheidung
Verkehrskommissar will effizientere Lkw**

Lastwagen auf Europas Straßen könnten bald mehr den amerikanischen Modellen ähneln. EU-Verkehrskommissar **Siim Kallas** schlug vor, die EU-Richtlinie zu Lkw-Abmessungen von 1996 (96/53/EG) so zu überarbeiten, dass die Lastwagen aerodynamischer gebaut und damit energieeffizienter werden können. „Ein Zielstein ist die Form mit der geringsten Aerodynamik, die man sich vorstellen kann. Deshalb müssen wir die Form der Lkw, die auf unseren Straßen unterwegs sind, verbessern“, erklärte der Kommissar am Montag vor Journalisten. Der Vorschlag geht nun ins Gesetzgebungsverfahren, bei dem das Europäische Parlament und die Mitgliedstaaten der Revision zustimmen müssen.

In etwa fünf bis acht Jahren erwartet die Kommission die neuen Lastwagen auf den Straßen, obwohl Herstel-

ler mit dem Gesetzesvorschlag nicht verpflichtet werden sollen, das Design zu ändern. Doch die Fahrzeuge würden dadurch 7 bis 10 Prozent weniger Treibstoff verbrauchen und CO₂ ausstoßen. Bei einer jährlichen Strecke von 100.000 Kilometern könnten so rund 5.000 Euro Kraftstoffkosten eingespart werden, teilte die Kommission weiter mit.

Ein runderes Führerhaus verringert den Luftwiderstand um 12 Prozent, wie der Umweltverband Transport & Environment (T&E) mitteilte. T&E begrüßt Kallas Vorschlag. Doch das derzeitige EU-Recht erlaube nur 2,35 Meter für die Länge der Fahrerkabine und damit keinen Platz für ein aerodynamisches Design. Neben dem Führerhaus will die Kommission auch am hinteren Teil des Anhängers eine Art Heckspoiler zulassen, der die Luft besser ableitet.

Spark und Dark Spreads Deutschland Grundlast

Wochendurchschnitt und Veränderung gegenüber Vorwoche, in EUR/MWh

16. KW	Dirty Spark	Veränd.	Clean Spark	Veränd.	Dirty Dark	Veränd.	Clean Dark	Veränd.
Day ahead	-19,99	-15,58	-21,46	-15,16	11,59	-18,04	8,54	-17,17
Frontmonat	-20,24	-0,15	-21,71	0,27	11,14	-0,68	8,09	0,19
Frontquartal	-17,43	-0,46	-18,81	0,03	12,42	-0,98	9,57	0,03
Cal 13	-14,04	-0,44	-15,43	0,05	12,70	-1,07	9,85	-0,06

Annahmen:

Wirkungsgrad Gas 49,13%, Kohle 38%
CO₂-Emissionen Gas 0,411 t/MWh, Kohle 0,85 t/MWh

Quellen: Dow Jones, EEX, ICE

Impressum

Herausgeber und Verlag: Dow Jones News GmbH | A News Corporation Company, Wilhelm-Leuschner-Straße 78, D-60329 Frankfurt, Sitz der Gesellschaft: Frankfurt am Main, Amtsgericht Frankfurt HRB 58631 ID-Nr. DE 813 953 596

Geschäftsführer: Michael Tallai, John Galvin, Anna Sedgley, Eric Mandrackie

Verantwortlich für den Inhalt:

Lars Hoffmann, Tel.: +49(0)69/29725-416
Klaus Hinkel, Tel.: +49(0)69/29725-423
Fax: -440, Internet: www.djnewsletters.de

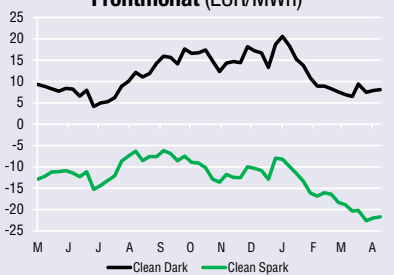
Abonnenten-Service:

service.europe@dowjones.com oder +49(0)69/29725-166

Anzeigen-Verkauf: anzeigen@dowjones.com +49(0)69/29725-166

Clean Dark und Spark Spread

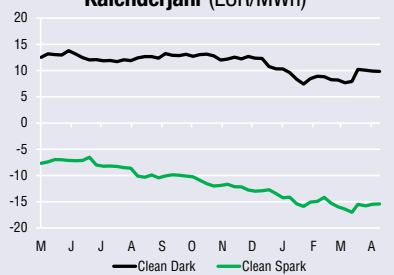
Frontmonat (EUR/MWh)



Quelle: Dow Jones, EEX, ICE

Clean Dark und Spark Spread

Kalenderjahr (EUR/MWh)



Quelle: Dow Jones, EEX, ICE

Dow Jones TradeNews Emissions ist ein Produkt der Dow Jones News GmbH, einer Tochtergesellschaft der Dow Jones International GmbH. Die Fachpublikationen von Dow Jones stützen sich neben umfangreicher Eigenberichterstattung auf weitere auch international tätige Nachrichtenagenturen sowie bei Charts, Kursen und Preisen auch auf www.aid-net.de. Alle Meldungen werden mit journalistischer Sorgfalt erarbeitet. Für Verzögerungen, Irrtümer und Unterlassungen wird jedoch keine Haftung übernommen. Kopien, Nachdrucke oder sonstige Vervielfältigungen nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Erscheinungsweise: 14-täglich

EUA-Terminmarkt	22.4.	19.4.
ICE		
Schlusskurse in EUR/t		
April 2013	2,84	3,11
Umsatz	382	529
Mai 2013	2,84	3,11
Umsatz	-	-
Juni 2013	2,85	3,13
Umsatz	4	4
September 2013	2,87	3,14
Umsatz	-	1
März 2014	2,92	3,19
Umsatz	5	-
Dezember 2013	2,89	3,16
Umsatz	15.250	18.140
Dezember 2014	3,02	3,30
Umsatz	1.551	1.866
Dezember 2015	3,15	3,46
Umsatz	1.571	2.966
Dezember 2016	3,29	3,62
Umsatz	822	847
ICE Emissions Index		
April 2013	2,84	3,09
Dezember 2013	2,92	3,22
Dezember 2014	3,04	3,37
Umsätze inkl. Exchange for Physical		
EEX European Carbon Futures		
MidDec 2013	2,89	3,10
Umsatz	60.000	34.000
MidDec 2014	3,03	3,24
Umsatz	-	-
EUA-Spotmarkt 22.4. 19.4.		
Preise in EUR/t (3. Handelsperiode)		
ICE	2,84	3,12
Umsatz	120	10
EEX	2,85	3,12
Umsatz	110.000	105.000
EEX ECarbix	2,78	3,10
Umsatz	3.572.000	4.125.000
EUAA-Terminmarkt 22.4. 19.4.		
EEX European Aviation Allowances		
MidDec 2013	2,60	2,77
EUAA-Spotmarkt 22.4. 19.4.		
EEX (2. Handelsperiode)	2,75	2,81
Umsatz	-	-

CER-Terminmarkt	22.4.	19.4.
ICE		
April 2013	0,08	0,09
Umsatz	128	5
Juni 2013	0,24	0,24
Umsatz	-	-
September 2013	0,25	0,25
Umsatz	-	-
Dezember 2013	0,25	0,25
Umsatz	43	162
März 2014	0,25	0,25
Umsatz	-	-
Juni 2014	0,26	0,26
Umsatz	-	-
Dezember 2015	0,30	0,30
Umsatz	-	-
Dezember 2016	0,40	0,40
Umsatz	-	-
Dezember 2017	0,56	0,56
Umsatz	-	-
EEX		
Dezember 2013	0,25	0,25
Umsatz	-	-
Dezember 2014	0,28	0,28
Umsatz	-	-
Dezember 2015	0,32	0,32
Umsatz	-	-
Dezember 2016	0,41	0,44
Umsatz	-	-
ICE Emissions Index		
April 2013	0,08	0,09
Dezember 2013	0,25	0,27
Dezember 2014	0,27	0,27
CER-Spotmarkt 22.4. 19.4.		
ICE	0,08	0,11
Umsatz	174	118
EEX		
Grün	-	0,31
Grau	-	0,09
ERU-Terminmarkt 22.4. 19.4.		
ICE		
April 2013	0,03	0,05
Umsatz	170	195
Dezember 2013	0,08	0,09
Umsatz	-	250
Dezember 2014	0,10	0,11
Umsatz	-	-

